

Krankenkassen in der Finanzkrise: Experten fordern schnelles Handeln

Die BKK-Krankenkassen fordern Entlastung für Beitragszahler und eine Nachrüstung der Bürgergeld-Finanzierung durch den Staat.

Die derzeitige finanzielle Situation der gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland hat das Potenzial, weitreichende Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Wirtschaft zu haben. Die Diskussion über notwendige Reformen und finanzielle Unterstützungsmaßnahmen ist in vollem Gange.

Finanzielle Lage der gesetzlichen Kassen

Die gesetzlichen Krankenkassen sehen sich zunehmend mit einem wachsenden Defizit konfrontiert. Im Jahr 2023 beläuft sich das Minus auf 1,9 Milliarden Euro, wobei die Ausgaben kontinuierlich steigen und die Einnahmen nicht mit dieser Entwicklung Schritt halten können. Dieser Trend resultiert vor allem aus der alternden Bevölkerung, die mehr medizinische Leistungen benötigt. Die Vorständin des BKK Dachverbands, Anne-Kathrin Klemm, betont: „Die finanzielle Notlage der GKV betrifft fast 90 Prozent der Bevölkerung.“

Höhere Beiträge als Lösung?

Um die finanzielle Schieflage auszugleichen, sehen sich viele Krankenkassen gezwungen, ihre Beitragssätze zu erhöhen. Die Zahlen sprechen für sich: Im Jahr 2024 liegt der allgemeine Beitragssatz bei 14,6 Prozent. Viele Versicherte müssen zudem einen individuellen Zusatzbeitrag zahlen, der im Schnitt bei 1,7

Prozent liegt. Laut Stiftung Warentest haben bereits 46 der 68 gesetzlichen Krankenkassen in diesem Jahr ihren Beitragssatz angehoben, während nur drei Kassen eine Senkung vorgenommen haben.

Die Rolle der Ampel-Koalition

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, fordern die Krankenkassen von der Ampelregierung grundlegende Änderungen. Ein zentrales Anliegen ist die Schließung der „Bürgergeld-Lücke“. Jene Bürgergeldempfänger sind weiterhin über ihre gesetzlichen Krankenkassen versichert, doch die staatlichen Zuschüsse an die Kassen decken nicht die tatsächlichen Kosten. Schätzungen zufolge fehlen jährlich über 9 Milliarden Euro, die der Staat den Kassen schuldet. Klemm argumentiert, dass die versprochenen Finanzmittel die Versicherungsbeiträge spürbar entlasten könnten: „Das würde die Beitragszahler um rund 9 Milliarden Euro entlasten.“

Wettbewerbsfähigkeit unter Druck

Ein weiterer Aspekt, der die Dringlichkeit der Situation unterstreicht, ist die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem globalen Markt. Die steigenden Krankenkassenbeiträge belasten Arbeitgeber, die im Jahr 2023 pro Arbeitsstunde etwa 15 Cent mehr an die Kassen zahlen müssen – insgesamt kommt eine Summe von etwa 9,3 Milliarden Euro zusammen. Dies könnte die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen großen Exportnationen weiter beeinträchtigen.

Kritik an der Krankenhausreform

Neben der finanziellen Misere der Krankenkassen steht auch die geplante Krankenhausreform von Gesundheitsminister Karl Lauterbach in der Kritik. Die Finanzierung des Transformationsfonds, der zur Stabilisierung der Kliniken dienen soll, sieht vor, dass die gesetzlichen Krankenkassen zur Hälfte

für dessen Kosten aufkommen müssen. Dies könnte zu weiter steigenden Beitragssätzen führen, was in der aktuellen Situation eine zusätzliche Belastung für die Versicherten darstellen würde. Klemm fordert erneut, dass der Bund für diese Kosten verantwortlich gemacht werden sollte, was die Diskussion über die Finanzierungsstrukturen im Gesundheitssystem weiter anheizt.

Die Situation der Krankenkassen ist ein beunruhigendes Signal für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland. Ohne adäquate Maßnahmen zur Stärkung der finanziellen Stabilität dieser Institutionen ist mit weiteren Herausforderungen für die Versicherten zu rechnen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de